

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	364
		TOP:	1e
	Verhandlung	Drucksache:	583/2019
		GZ:	OB 0413
Sitzungstermin:	17.07.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	Herr Gilbert (AKR-DSB)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	Datenschutz und IT-Sicherheit bei der Stadtverwaltung Stuttgart - Bericht 2017/2018 -		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 03.07.2019, nicht öffentlich, Nr. 348

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeister vom 28.05.2019, GRDRs 583/2019.

StR Urbat (SÖS-LINKE-PluS) hinterfragt zunächst die Umstellung auf Windows 10. Es gebe bei Datenschutzbehörden erhebliche Vorbehalte gegen das Verhalten des Betriebssystems. Dazu wünsche er eine Stellungnahme der Verwaltung. Des Weiteren greift er das Thema Betroffenenrechte auf. Viele Experten seien der Meinung, diese seien vom Bundestag unzulässig eingeschränkt worden. Er möchte wissen, wie sich die Stadtverwaltung zu dieser Thematik verhalte. Abschließend möchte er wissen, ob es einen Bemessungsrahmen für Strafen gebe, wenn Beteiligungsbetriebe der Stadt betroffen seien. Als Beispiel nennt er den Hafen Stuttgart.

Zum Datenschutzbericht nimmt Herr Blum (GPR) Stellung. Datenschutz sei wichtig; daher danke er allen Kollegen von AKR-DSB, die sich als sehr gute Kooperationspartner erwiesen. Zwei Dinge im Bericht seien hilfreich. Dies sei zum einen die Aussage bei der Datenweitergabe: "Was nicht ausdrücklich erlaubt ist, ist verboten". Dies müsse regelmäßig vergegenwärtigt werden. Zum anderen werde Datensparsamkeit angemahnt.

Abschließend weist er darauf hin, dass es in zahlreichen Ämtern zwar Datenschutzbeauftragte gebe, diese Aufgaben aber lediglich "angehängt" seien. Dies halte er für problematisch und dem Thema nicht angemessen. Er plädiere dafür, für den Datenschutz in den Ämtern eine eigene Stelle zu schaffen.

Herr Gilbert (AKR-DSB) bestätigt, dass Stellenneuschaffungen schon länger diskutiert würden. Es gebe mittlerweile durchaus Ämter, die bereits über Stellenanteile für den Datenschutz verfügten. Die Ämter müssten diese Stellenanträge jedoch selbst stellen. Die Belastung in den Ämtern sei nicht überall gleich. Es müsse Augenmaß bewahrt werden. An Herrn Urvat gerichtet sagt er, dass es zu Windows 10 keine Alternative gebe, da viele landeseinheitliche Verfahren daran "andockten". Man müsse diesem Betriebssystem "abgewöhnen", was nicht als datenschutzkonform angesehen werde. Einige Einstellungen seien verändert worden (kein Cortana-Sprachassistent, keine Telemetriedaten, keine Lizenzabfragen etc.). Doch ein Stück Unsicherheit bleibe bestehen. Betroffenenrechte würden seit Jahren sehr extensiv ausgelegt. Jede Bürgeranfrage werde beantwortet. Beispielsweise Wahlwerbung werde seitens der Bürger kritisch hinterfragt. Bußgelder in Baden-Württemberg seien bisher "mit Augenmaß" verhängt worden und bewegten sich zwischen 20.000 und 80.000 Euro. Da es keine Bußgelder gegen öffentliche Stellen gebe, könnten diese nicht über den Haushalt der Stadt Stuttgart bemessen werden. Es müsse immer auf den einzelnen Beteiligungsbetrieb abgestellt werden. Beim Hafen Stuttgart "wage er die These", dass ein mögliches Bußgeld deutlich unter 100.000 Euro liegen würde.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt BM Fuhrmann fest:

Der Verwaltungsausschuss hat von der GRDRs 583/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
AKR-DSB
Haupt- u. Personalamt
Rechtsamt
Standesamt
Kulturamt (2)
- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. OB-ICG
 4. L/OB
 5. S/OB
 6. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
WFB-K
 7. Referat SOS
Statistisches Amt (2)
Amt für öffentliche Ordnung
Branddirektion (2)
Amt für Sport und Bewegung (2)
 8. Referat SI
Jobcenter
Sozialamt (2)
Gesundheitsamt (2)
ELW (2)
 9. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung u. Wohnen (2)
Baurechtsamt (2)
 10. Referat T
Stadtmessungsamt
Hochbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- u. Forstamt (2)
Tiefbauamt/SES (3)
AWS (2)
BBS (2)
 11. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 12. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 13. GPR (2)
 14. Rechnungsprüfungsamt
 15. L/OB-K
 16. Hauptaktei
- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft
SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR

